

Beilage 1550/2008 zum kurzschriftlichen Bericht des Öö. Landtags, XXVI. Gesetzgebungsperiode

Initiativantrag

**der unterzeichneten Abgeordneten des Oberösterreichischen
Landtags
betreffend Einführung des Pflichtgegenstandes "Demokratie und
politische Bildung"**

**Gemäß § 26 Abs. 6 Öö. LGO wird dieser Antrag als dringlich
bezeichnet.**

Der Öö. Landtag möge beschließen:

Resolution

Die Öö. Landesregierung wird ersucht, die Bundesregierung aufzufordern,
die Einführung des eigenen Pflichtgegenstandes "Demokratie und politische
Bildung" voranzutreiben und die notwendigen gesetzlichen Änderungen
vorzunehmen.

Begründung

Das Wahlalter wurde durch die Novelle zum B-VG BGBl. I Nr. 27/2007 von
bisher 18 auf 16 Jahre herabgesetzt, wodurch den jungen Menschen eine
neue Möglichkeit der Mitbestimmung geboten wird. Mit diesem Beschluss ist
jedoch auch die Verantwortung der politischen Aufklärung der jungen
Menschen verbunden. Jugendliche müssen früher als bisher auf diese
Herausforderung vorbereitet werden. Sie benötigen das nötige
Handwerkszeug, welches ihnen in einem eigens dafür vorgesehenen
Pflichtfach "Demokratie und politische Bildung" vermittelt werden soll.
Politische Bildung kann und soll junge Menschen befähigen,
gesellschaftliche, historische und politische Zusammenhänge - auch im
Kontext mit Ökonomie und Ökologie - zu erkennen und die Entwicklung zu
emanzipierten, kritischen Bürgerinnen und Bürgern fördern. Nur wenn die
Schülerinnen und Schüler hier geschult werden, können sie
verantwortungsbewusst die österreichische und europäische Politik erleben
und mitgestalten.

Die geplante Einführung eines Unterrichtsfaches "Geschichte und Politische
Bildung ab der 8. Schulstufe" trägt auf Grund des dort zu vermittelnden
Stoffumfangs nicht ausreichend der enormen Verantwortung der politischen
Bildung Rechnung. Zumal politische Bildung dem Unterrichtsfach Geschichte
lediglich angehängt wird, was heißt, dass die Gesamtstundenzahl
unverändert bleibt, sprich nicht erhöht wird.

Es ist daher notwendig, dass ein neuer eigener Pflichtgegenstand
"Demokratie und politische Bildung" ab den 8. Schulstufen eingeführt wird.
Die Einführung dieses Gegenstandes muss mit einer Ausweitung der
Stundentafel einhergehen, die entsprechenden Änderungen sind im
Schulorganisationsgesetz vorzunehmen.

Eine Ausweitung der Stundentafel darf jedoch nicht auf Kosten anderer
Gegenstände passieren, die für die Einführung des Unterrichtgegenstandes
"Demokratie und politische Bildung" notwendigen Ressourcen sind den
Schulen zur Verfügung zu stellen.

Eine Umfrage der Landesschulvertretung OÖ in Zusammenarbeit mit dem
Kompetenzzentrum für Forschung und Entwicklung der Pädagogischen

Hochschule zeigt, dass 51% der Schülerinnen und Schüler ein eigenes Fach politische Bildung befürworten. Darüber hinaus geben zwei Drittel der 11.197 Befragten an, dass es zu wenig politische Bildung im Unterricht gibt. Ein eindeutiges Zeichen, dass die bisher praktizierte themenverknüpfte Einbindung in alle Unterrichtsfächer nicht ausreicht.

Zwei Drittel der befragten Schülerinnen und Schüler haben sich auch dafür ausgesprochen, dass das Einstiegsalter für die Vorbereitung auf das Wahlrecht bei 14 bzw. 15 Jahren liegen soll. Ein Ergebnis, dass die Einführung des Unterrichtsfaches "Demokratie und politische Bildung" mit der 8. Schulstufe bekräftigt.

Um der bereits beschlossenen Senkung des Wahlalters auf 16 Jahre und der damit im Zusammenhang stehenden Forderung nach ehest möglicher Einführung eines Unterrichtsfaches "Demokratie und politische Bildung" Rechnung zu tragen, müssen adäquate Aus- und Weiterbildungsmöglichkeiten von Lehrenden aller Schultypen und Schulstufen im Bereich der "Politischen Bildung" sichergestellt werden, um das im Grundsatzterlass des Bildungsministeriums formulierte Unterrichtsprinzip "Politische Bildung in Schulen" bestmöglich realisieren zu können.

Linz, am 10. Juni 2008

(Anm.: ÖVP-Fraktion)

Strugl, Orthner, Ecker, Frauscher, Weinberger, Eisenrauch, Stanek, Entholzer, Schürer, Kiesel, Lackner-Strauss, Hüttmayr, Bernhofer, Pühringer, Brandmayr, Hingsamer, Jachs, Aichinger, Schillhuber, Mayr, Steinkogler, Stelzer, Weixelbaumer, Baier, Brunner

(Anm.: SPÖ-Fraktion)

Frais, Weichsler, Makor-Winkelbauer, Jahn, Peutlberger-Naderer, Bauer, Chansri, Schreiberhuber, Kraler, Mühlböck, Schenner, Kapeller, Prinz, Eidenberger, Affenzeller, Lindinger, Lischka, Mann, Pilsner, Schmidt, Röper-Kelmayr

(Anm.: Fraktion der GRÜNEN)

Hirz, Schwarz, Trübswasser, Wageneder